



Niederschrift

28. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. Oktober 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 4 der Tagesordnung: Anpassung der Nutzungsentgelte für die durch die OV Stupferich zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten im Gemeindezentrum Stupferich
Vorlage: 2026/0489

Punkt 4.1 der Tagesordnung: Anpassung der Nutzungsentgelte für die durch die OV Stupferich zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten im Gemeindezentrum Stupferich
Änderungsantrag: CDU
Vorlage: 2026/0489/1

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Anhörung des Ortschaftsrates Stupferich und Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss zum 1. Januar 2027 die Anhebung der Benutzungsentgelte für die Räumlichkeiten im Gemeindezentrum Stupferich gemäß der beigefügten Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

- 4.1 Mehrheitlich abgelehnt (21 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen)
- 4 Mehrheitlich zugestimmt (40 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkte 4 und 4.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 22. September 2026.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Vorausschicken muss ich auch für meine Fraktion, dass es unmissverständlich ist, dass es für uns nicht üblich ist, im Nachhinein Haushaltsbeschlüsse zu relativieren. Wir stehen zu unseren Beschlüssen, aber man muss eben auch einen besonderen Fall, den wir bei Beschlussfassung gezogen haben oder unterstellt haben, nachträglich berücksichtigen. Hier kommen mehrere negative wirtschaftliche Punkte auf die Vereine in Stupferich bei der Nutzung der Gemeindehalle zu. Eine Addition war so nicht beabsichtigt bei ursprünglicher Beschlussfassung. Deshalb war es meine Fraktion, die gesagt hat, wir müssen aus Gründen einer Härtefallsituation eine Ausnahme zulassen und schlagen deswegen dem Gremium vor, dass wir für das erste Jahr eine Aussetzung dieser Zuschusskürzung vorschlagen und dass sich für die Folgejahre eine Vereinbarung ergibt, die mit der Ortsverwaltung dann abgestimmt werden muss, die maßvoll auch Rücksicht nimmt auf die Belange eines Vereins, der natürlich langfristig kalkulieren muss und dem ein Ausfall so einmal in der Größenordnung zwischen 1.500 und

2.500 in einem Jahr erheblich trifft, sofern man sich nicht darauf vorbereiten kann. Mir fällt diese Ausnahmeregelung auch deswegen ein wenig leichter, weil ich versucht habe, aus der Verwaltungsantwort natürlich nur in meinem Sinne zu entnehmen, dass man es so ähnlich sieht wie die CDU-Fraktion, dass es eine Härtefallsituation ist, über die wir hinweggehen sollten, ausnahmsweise, und dass es hoffentlich mit der Ortsverwaltung und den Vereinen eine Vereinbarung gibt, die eine deutliche Kürzung dauerhaft statuiert, aber eben eine Kürzung, auf die man sich einstellen kann. Da setzen wir auf Vernunft beider Seiten.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Kurz: Worüber sprechen wir? Wir sprechen darüber, dass beim Gemeindezentrum Stupferich die Räumlichkeiten vermietet werden an Vereine, für eine Trauung beispielsweise aber auch. Und wir als Stadt und dann auch die Ortsverwaltung Stupferich erheben dann Nutzungsentgelte. Und diese Nutzungsentgelte, die erhöhen wir jetzt extremst moderat. Das heißt, wir hatten bisher einen Kostendeckungsgrad von, es steht in der Vorlage, 4,99 Prozent. Und wir gehen da jetzt hoch auf 8,27 Prozent. Das heißt, die Steuerzahler*innen zahlen dann immer noch von dieser Nutzung durch beispielsweise ein Brautpaar oder einen Verein in Summe über 90 Prozent. Das macht die Solidargemeinschaft. Und es gibt in diesem neuen Konzept für sogenannte Dauernutzende auch Ermäßigungen. Das heißt dann, dass zum Beispiel statt einer Stunde diese Raummiete von, ich glaube, 14 Euro nur 6 Euro kostet. Auch das ist in den neuen formulierten, sehr moderat gestiegenen Kostenkalkulationen enthalten.

Und jetzt überrascht es mich schon, dass das bei erstens der Kürzung der Mittel für die Kultur, die wir ja als interfraktionell ja auch wirklich abgemildert haben, wo wir ja noch Schlimmeres quasi verhindert haben gemeinsam, nicht klar war, dass das natürlich auch Vereine treffen wird. Und was mir auch unklar ist, dass jetzt so getan wird, als wäre das ach so überraschend. Ja, auch wir hätten uns diese Vorlage vielleicht etwas früher im Jahr gewünscht, aber gerade durch diesen Änderungsantrag kam es ja dann doch noch einmal zu Verzögerungen. Also, da noch mal der Appell, gerne zu Beginn des Jahres oder auch schon im Vorjahr mit solchen Änderungen zu kommen, aber es ist inhaltlich keine Überraschung. Und es ist inhaltlich keine große Summe. Sie sagen, Sie stehen zu Ihren Beschlüssen. Wir reden jetzt eben, haben Sie gesagt, von 1.500 Euro. Wir reden später in der heutigen Sitzung über einen Beschluss, den Sie jetzt aufweichen wollen, von 2,5 Millionen Euro. Zu dem stehen Sie heute ja vielleicht auch nicht mehr. Das heißt, da bin ich gespannt im weiteren Verlauf, wie sehr Sie da Wort halten. Wir werden der Vorlage der Verwaltung zustimmen und den Änderungsantrag der CDU ablehnen, auch wenn der Ortschaftsrat zur Ziffer 2 Ja gesagt hat. Aber da hat die Ortschaftsverwaltung ja dieses Beispiel der CDU herausgenommen, eine hälftige Lösung zu finden. Aus unserer Sicht wäre es wichtig, mit dem Musikverein gemeinsam eine tragfähige, zukunftsfähige Lösung zu finden, ganz unabhängig von der Erhebung dieser Nutzungsentgelte nun. Und wir sollten uns auch überlegen, wie wir dieses Gemeindezentrum effizienter nutzen können. Beispielsweise durch eine neue Schließtechnik könnten wir ja vielleicht Hausmeisterkosten sparen. Und wie ist es überhaupt mit der Nutzung? Wir brauchen da ein tragfähiges Nutzungskonzept, mehr Werbung machen, mehr Vereine reinbringen.

Stadtrat Cramer (KAL): Es ist nicht das erste Mal jetzt, dass wir feststellen, dass wir in den Haushaltsberatungen so en bloc Abstimmungen getan haben, wie sich es dann hinterher herausstellt, wenn man genauer hinguckt, was eben in den Haushaltsberatungen so gar nicht möglich war, dass doch noch einmal genauer hingeschaut werden sollte. Und das haben wir jetzt in Stupferich auch getan. Es geht auch um ein Grundsätzliches. Die Frau Kollegin Fahringer hat ja eine Rede gehalten, die ich an sich nur von der Verwaltung her gewöhnt bin, wo sie sehr

beckmesserisch aufgezählt hat, um was es alles geht. Wir werden heute, die Karlsruher-Liste-Fraktion wird heute dem Antrag der CDU zustimmen, vor allem, weil auch in Stupferich oben das so gewünscht wird. Die Probleme, die die GRÜNEN-Fraktion hat, haben wir nicht.

Stadträtin Ernemann (SPD): Herr Kollege Pfannkuch, auch uns liegen die Vereine am Herzen und mir als Ortsvorsteherin in einem der Bergdörfer sowieso. Ich kenne auch die Nöte und die Sorgen der Vereine vor Ort, aber was Sie mit Ihrem Antrag schaffen, ist eine Lex Stupferich. Auch mein Musikverein, genau wie alle anderen Vereine, haben diese moderate Erhöhung für die Hallengebühren-Nutzungsordnung oder Satzung mitgetragen. Und seit 2016 sind in Stupferich die Gebühren nicht erhöht worden. Der Ortschaftsrat hat es eingesehen und hat also dem Verwaltungsvorschlag beziehungsweise der Erhöhung der Gebühren für das Gemeindezentrum zugestimmt. Wenn wir heute Ihrem Antrag zustimmen, dann schaffen wir eine Ausnahmeregelung für den Musikverein Stupferich. Auch der Musikverein in meinem Stadtteil, Hohenwettersbach, ist der, der die Halle am meisten nutzt durch die regelmäßigen Bespielungen und Übungsabende. Ich kann dem nicht zustimmen. Stupferich, genauso wie alle Stadtteile und in allen, wo die Halle genutzt wird, sei es Grötzingen, Durlach, Hohenwettersbach, Wolfartsweier, überall, wir mussten die Gebühren auf unsere Vereine leider Gottes umlegen. Und Stupferich, ich sage es noch einmal, nach 2016 muss jetzt, zehn Jahre später, die Gebührensatzung auch anwenden. Ich kürze es ab, Frau Fahringer hat das Wesentliche schon, was die Interna der Verwaltungsvorlage anbelangt, ausgeführt. Wir stimmen der Verwaltungsvorlage zu und lehnen den Änderungsantrag beziehungsweise Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion ab.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Meine Fraktion sieht es so, wir reden jetzt über Kostendeckungsgrade, die, wie die Kollegin Fahringer gesagt hat, ja sehr niedrig sind. Da sind wir jetzt einmal vorsichtig in dem, was ich sage. Wenn ich höre, was der Oberbürgermeister jetzt schon mal wieder in den Schlauch gefüllt hat für das nächste Jahr, dass wir wieder kürzen müssen, dass wieder Geld fehlt, ich glaube, wir werden dann noch öfters uns unterhalten müssen, wo wir denn überall noch kürzen möchten. Meine Fraktion wird heute, wie der Kollege Cramer es gesagt hat, so halten wir, wir werden den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen. Deshalb mache ich das heute kurz. Wir haben wahrscheinlich noch eine längere Sitzung. Wir würden das mitgehen, und Kollege Cramer hat eigentlich dazu alles schon gesagt.

Stadtrat Hofmann (CDU): Vielleicht nur ganz kurz noch, denn ich glaube, wir sind auch falsch verstanden worden. Kollege Pfannkuch hat ganz klar gesagt, uns geht es nicht darum, irgendetwas wieder aufzudröseln oder zu irgendwelchen Beschlüssen nicht zu stehen. Wir stehen weiter genau zu unserer damaligen Entscheidung bezüglich der Kürzungen im Kulturbudget. Wir stehen auch weiter zu diesen Erhöhungen. Wir wollen nur eins. Hier ist jetzt eben ein Verein auf uns zugefallen mit einer persönlichen Not. Der Verein im Übrigen hat es nicht gesehen, nicht wir. Für uns sind dies in dem Haushalt natürlich ganz andere Dimensionen, aber für einen Verein, für einen Musikverein, der wirklich ganz wenig Einnahmen auch hat, ist es teilweise viel Geld. Und hier jetzt zu sagen, okay, wir haben das Problem erkannt und gehen eben dahin, dass wir einmal sagen, wir setzen es für ein Jahr aus, wir fällen den Beschluss, wir setzen es für ein Jahr aus, um eine Lösung zu finden, das Ganze zu tun. Das weiß ich nicht, weil das bei all den Entscheidungen, die wir hier treffen über deutlich höhere Summen, was wir uns da vertun, wenn wir hier einfach sagen, wir gehen noch einmal ein Jahr, geben der Ortsverwaltung das und versuchen, das zusammen mit dem Musikverein zu lösen. Und wenn das Problem bei Ihrem Verein genauso ist, Frau Ernemann, dann wird man auch da, denke ich, eine Lösung finden.

Aber wir dröseln nicht das Ganze auf, wir schaffen auch keinen Präzedenzfall, sondern wir versuchen, eine Lösung zu finden. Und deswegen war in diesem Sinne unser Antrag.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Jetzt gucken wir einmal, ob alle so abgestimmt haben, wie sie es vorhatten.

Stadträtin Duran: Bei mir müsste auch Nein sein. Ich habe auch Nein gedrückt.

Der Vorsitzende: Sie haben auch mit Nein gestimmt, Frau Duran.

Stadträtin Duran: Ja.

Der Vorsitzende: Okay, also dann haben wir 23 zu 21. Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit kommen wir zur unveränderten Beschlussvorlage, die ich jetzt zur Abstimmung stelle, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung. Der Ortschaftsrat kann sich ja noch einmal insgesamt mit der Gebührensatzung dann vor dem nächsten Haushalt beschäftigen, und dann können wir uns damit ja hier wieder auseinandersetzen. Ich hoffe, es hat nicht jeder Verein jetzt so verstanden, dass er eben auf die Fraktionen zugeht und Sonderlösungen für sich in Anspruch nimmt, denn den Verein arm darzustellen, da haben ganz viele Vereine auch guten Grund dazu in Karlsruhe. Das möchte ich an der Stelle auch sagen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
26. Oktober 2026